

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: E. Heber Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Masse in Berlin.

Wie und wen gilt es morgen zu wählen?

Bier Gebote.

Keiner, ob Mann oder Frau, darf sich morgen der Pflicht entziehen. Wer nicht wählt, stimmt indirekt die Reaktion von rechts oder links, für die Parteien des Entkampfes, und damit für den Bürgerkrieg.

Die Wahlhandlung dauert morgen vormittags 9 bis 11 Uhr ununterbrochen bis nachmittags 6 Uhr. Du erweist das Wahlgeld, wenn du bereits in den ersten Wahlgang bist, wenn du nicht in den ersten Wahlgang bist, wenn du nicht in den ersten Wahlgang bist.

Wahlkreis Stadt Berlin...
Wahlkreis Potsdam II...
Wahlkreis Potsdam I...

die auf alle Fälle irgend ein Legitimationpapier mit. Vergewissere dich vorher genau, wo dein Wahllokal ist. Auf der Plafatsäule findest du die orientierenden Anschläge.

3. Wirst du die Einheit Deutschlands gewahrt wissen, wirst du neuen Bürgerkrieg, neuen Erschütterungen des Wirtschaftslebens vorbeugen, wirst du, daß Deutschland, unter Gleichberechtigung aller Volksteile, wieder nach dem furchtbaren, von den Rechtsparteien verschuldeten Zusammenbruch gefunden soll, so wähle nur die demokratische Liste.

4. Welche Liste kommt also für dich in Betracht?

die Liste Siemens - Sartmann - Frau Baum.
die Liste Dernburg - Rusche - Frau Schuß-Knapp.
die Liste Pahnke - Kemmers - Liefke.

Die Demokratie in Bayern.

Dr. C. Hohmann (München),
Mitglied des bayerischen Landtages.

Durch die norddeutsche Presse sind in der letzten Zeit Nachrichten über die bayerischen politischen Verhältnisse im allgemeinen und die bayerischen Demokraten im besonderen gegangen, die nicht immer von richtigen Voraussetzungen ausgehen. Man glaubte vielfach bei dem zeitigen Zusammenhang der bayerischen Vorgänge mit dem Kapp-Putsch, daß der Regierungswechsel in Bayern unter verfassungswidriger direkter Einwirkung des Militärs erfolgt sei. Das ist falsch. Gewiß sprangen auch nach Bayern elektrische Funken über, die in einigen unreifen Köpfen zündeten, aber die verantwortlichen militärischen Führer behielten die Dinge in der Hand. Das ist die Hauptfache. Und für die Übertragung der vollziehenden Gewalt vom Polizeipräsidenten auf den General Rößl stimmten denn auch neben sämtlichen übrigen Ministern zwei sozialdemokratische Minister, da diese Maßnahme für unruhige Zeiten schon immer vorgezogen war. Nur Herr Hoffmann, der Ministerpräsident, stimmte dagegen und trat vom Präsidium zurück. Er hätte die Pflicht gehabt, in diesem Augenblick zu bleiben. Er hat mit diesem vornehmen Entschluß seine Partei in die Zwangslage gebracht, aus der Regierung auszuschließen. Das zeigt Hoffmanns Mangel an Staatsmännischer Klugheit. Die anderen Parteien wünschten sämtlich, auch die Deutsche Sozialdemokratie, eine Wiederbeteiligung der Sozialdemokratie. Einseitige sozialistische Führer bemühten sich, ihre Partei dafür zu gewinnen. Es gelang ihnen nicht. Der Parteivorstand, Oppositionspartei zu sein, noch vor den Wahlen, schien ihr höher zu stehen. So entstand eine Koalitionsregierung ohne Sozialdemokraten, gebildet aus Zentrum, Bayerischem Bauernbund und Demokraten. Die Demokratische Partei lehnte die Mitbeteiligung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, die vom Zentrum mit aufgenommen werden sollte, entschieden ab wegen der Unübersichtlichkeit ihres Verhaltens in den Rapp-Zagen und auch aus der Erwägung, daß eine so starke Rechtsorientierung des Kabinetts für die Demokraten nicht wohl erträglich sei.

Sobald von der Entschloßung der Hebergangsregierung Rahr. Sie hat so gut wie keinen Koalitionsgeist beibehalten, die in ihr herrschende Zentrumspartei drückt rücksichtslos ihren Machtanspruch durch, so daß wiederholt an die Demokraten die Frage ihres Ausscheidens aus der Regierung herantrat. Das Wahlgeld zum Landtag machte das Zentrum nicht mit der Koalitionsregierung, sondern ließ sich hier die Unterstützung der Sozialdemokraten gefallen, die gern die Regierung geliebt hätten.

Nun kam die Wahlbewegung. Und es tauchte plötzlich ein Ordnungsbündel an bayerischen Himmel auf, von unbekanntem Leuten gemacht, mit großen Geldmitteln im Hintergrund. Dieser Ordnungsbündel zeigte kein wahres Gesicht, als die Frage der Auflösung der Einwohnerversammlungen an uns herantrat. Hier trieb er eine ganz unglückliche Hebe gegen die Reichsregierung mit fälschlicher Duldung des Polizeipräsidenten Pöchner, der den Ordnungsbündel so liebte, daß er sogar ein aufklärendes Plakat des Bürgerrats München über den Ordnungsbündel zurückließ, worüber dann ein Vorstoß der Demokraten erfolgte, der infolge mangelnder Unterstützung seitens des Zentrums nur das erreichte, daß der Ministerpräsident Rahr im Landtage Herrn Pöchner in seine Schranken zurückwies. In der letzten Woche hat eine Rundgebung des Münchener Bürgerrats Aufsehen gemacht, und sie ist als Herkuleische Unternehmung der Einheitsfront der bürgerlichen Parteien gedeutet worden. Es liegt folgendes vor: der Bürgerrat hat den ihm angehörenden bürgerlichen Parteien seine auch im Programm des Reichsbürgerrats niedergelegten Grundzüge vorgelegt (Ruhe, Ordnung, Privatwirtschaft, Kampf gegen Klaffenstaat, Verbesserung der Klassenverhältnisse, idealistische Weltanschauung und dergleichen) und die Parteien um Stellung zu diesen ersucht. Die Parteien haben diesen Sägen ohne weiteres zustimmen können. Und nun hat der Bürgerrat in einer von den Parteien vorher nicht gekannten Form erklärt, daß die und die politischen Parteien diese Sägen des Bürgerratsprogramms anerkennen und deshalb zur Wahl zu empfehlen seien. Nachdem diese Form der Veröffentlichung, auf die die Parteien keinen Einfluß gehabt haben, in der Tat den Anschein eines Wahlbündnisses aller bürgerlichen Parteien erwecken konnte, haben fast alle Parteien öffentlich den wahren Tatbestand festgestellt.

Der Aufmarsch der politischen Parteien in Bayern zeigt einige Verschiedenheiten gegenüber den Verhältnissen im Reich. Zunächst sind die Deutsche Sozialdemokratische Partei und die Deutsche Volkspartei für Reichs- und Landtagswahlen verbündet. Auf ihren Listen stehen Kandidaten beider Parteien. Sie treten auch in unseren demokratischen Wahlversammlungen immer Schulter an Schulter gegen uns auf. Infolge der starken antimilitarischen Hebe seitens dieser Rechtsparteien ist die Wahlbewegung sehr lebhaft. Die Gegner suchen sich vor allem die demokratischen Versammlungen aus, um sich für zu werden. Sie dürften wenig Glück damit haben. Das bayerische Zentrum nimmt bekanntlich eine besondere Stellung ein, es hat sich von Dr. Heim im Januar vom Reichszentrum „abspalten“ lassen, steht jetzt gegen Reichsregierung und Erberger und glaubt die Verantwortung für die Reichspolitik von sich abwählen zu können. Seine Trennung vom Reichszentrum ist in den katholischen Kreisen nicht gern gesehen worden, und so hat man auf dem jüngsten Parteitag wieder eine Brücke konstruiert, die man im gegebenen Fall über den Graben schlagen kann. Es fragt sich nur, ob Heim will. Er hat ja andere Pläne. Er will im Reichstag eine Protestgruppe aufstellen mit Welfen, heftigsten Rechtsparteilern, christlichen Volksparteilern im Rheinland

Eine Sonderbesprechung der Entente-Premiers vor der Spaa-Konferenz.

Nochmalige Vertagung von Spaa?

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Nach der „Tribuna“ soll auf Verlangen der spanischen Regierung am 18. Juni eine Besprechung der Minister Spaniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens in Brüssel vorausgesetzt sein. Falls nicht wegen der parlamentarischen Schwierigkeiten in Spanien eine Besprechung am 18. Juni nicht möglich sein sollte, werden der Außenminister Scialoja und der spanische Schatzkanzler ihn vertreten. Lebrigens sei eine Vertagung der Konferenz wegen der Wahlen in Deutschland nicht völlig ausgeschlossen. Der Unterstaatssekretär des Ministeriums des Auswärtigen, Graf Sforza, ist gestern nach London gereist, um der britischen Regierung den italienischen Standpunkt hinsichtlich der Verteilung der Wiederherstellungsfrage mitzuteilen.

Sforza meldet amtlich: Auf Ersuchen der spanischen Regierung wird der Minister am 11. Juni zur Prüfung der Lage in Spanien in London zusammenzutreten. — Nach der „Daily Express“ hat der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, auf den Antrag Spaniens unternehmen Schritt hin den Generalsekretär des Völkerbundes einberufen, um ihn über den Ausbruch Spaniens gegen den bolschewistischen Einfall in Kenntnis zu setzen.

Rücktritt

des amerikanischen Staatssekretärs Holt.

(Telegramm)

Washington, 4. Juni. (Havas.)

Staatssekretär Holt reichte sein Rücktrittsgesuch ein, das von Wilson angenommen wurde.

Eine neue bolschewistische Offensive.

(Telegramm)

London, 4. Juni. (M. I. B.)

Neuer erzählt: Eine allgemeine bolschewistische Offensive hat zwischen Bripet und Dnjepr begonnen. Die vorgeschobenen polnischen Kräfte wurden zurückgetrieben. Bisher hatten die Bolschewisten keine entscheidenden Erfolge. Nördlich Bripet wurden die Angriffe der roten Truppen zurückgeschlagen.

Dnepropetrowsk, 5. Juni. (M. I. B.)

Nach einem Telegramm aus Warschau besetzt der Kriegsbereich zwischen der Düna und der oberen Beresina dringen die polnischen Heere an verschiedenen Stellen stetig vor. In den westlichen Wäldern wurden abgegriffene bolschewistische Abteilungen gefangen genommen. An dem östlichen Dnjepr-Ufer hat der Feind seine Angriffe beim polnischen Brückenkopf Rzeczka erneuert. Unter Teilnahme polnischer Panzerzüge und Flugzeuge wurden keine Angriffe mit großen Verlusten an Gefangenen und Nachschubwaggons abgelenkt. In der Ukraine haben die Bolschewisten einen Angriff verlohrt, wurden aber abgelenkt. Bei dieser Gelegenheit eroberten polnische Truppen durch eine kühne Ueberumpfung zwei Panzerzüge, die die Station Kozopol besetzten.

Der Chef der polnischen Militärmission, Hauptmann Wisznowski, ist aus Warschau in Riga eingetroffen und machte folgende Mitteilungen: Die Bolschewisten haben von ihren 63 Divisionen 48 an der polnischen Front zusammengezogen, davon 30 am nördlichen Frontabschnitt, wo es ihnen gelang, Erfolge zu erzielen, weil dort die Polen nur über sehr beschränkte Streitkräfte verfügten. Jetzt ist der Vorstoß der Bolschewisten zum Stehen gebracht, und diese haben begonnen, sich zurückzuziehen. Ihr Plan, die Verbindung zwischen dem polnischen und lettischen Herr zu unterbrechen, ist mißglückt. Ebenso mißlang der Versuch der Bolschewisten, die polnische Front zwischen Porechow und Lubrak in der Richtung auf Ruzik zu durchbrechen. Am Schluß erklärte Hauptmann Wisznowski, daß alle Berichte von einer Raumnahme Wilna sowie von einer Zurückeroberung Riga durch die Bolschewisten völlig aus der Luft gegriffen seien.

Unterbrechung der Verhandlungen mit Krasin?

Abrufe Lloyd Georges aus London.

(Telegramm)

London, 4. Juni. (Havas.)

Nach dem Minister ist Lloyd George aus London gereist, ohne Krasin noch gesehen zu haben.

Rom, 5. Juni. (Privat-Telegramm.)

Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Graf Sforza, der gestern nach London gereist ist, ist beauftragt, an den Verhandlungen mit Krasin teilzunehmen.

Osaka, 4. Juni. (Privat-Telegramm.)

Ein Wälfischer Blatt meldet, daß Krasin auf einer Fahrt in London eine Million Pfund Sterling deponiert habe.

Nach Nachrichten aus gutunterrichteten Kreisen werden die Vereinigten Staaten auf der Konferenz in London, die zwischen Krasin und den Vertretern des Obersten Wirtschaftsrates stattfinden wird, nicht offiziell vertreten sein.

Die „Times“ erfahren, daß eine für heute anberaumte Sitzung des ständigen Ausschusses des Obersten Wirtschaftsrates ununterbrochen bis Montag aufgehoben wurde, weil heute eine Kabinettsitzung stattfinden soll. Dementselbst Blatt zufolge nimmt an, daß irgend ein vorhergesehenes Ereignis mit die Ursache gewesen sei. Wie die „Times“ weiter berichtet, fand am Donnerstagabend im Unterhaus ein Kabinettsrat statt, bei dem durch die Regierung eingeschlagene Politik der Unterhandlungen mit Krasin erörtert wurde. Die Sitzung des Obersten Wirtschaftsrates, die am Freitag hätte stattfinden sollen, soll auf Dienstag, 8. Juni, verschoben worden sein.

Der Oberste Wirtschaftsrat wird am Montag wieder zusammenzutreten. Leber die Zusammenkunft mit Krasin wurde noch kein Beschluß gefaßt. In französischen Kreisen weh man noch nicht, ob der Oberste Wirtschaftsrat mit Krasin unterhandeln wird. Keiner erzählt hierzu, daß die nächste Zusammenkunft Krasins mit den Mitgliedern des englischen Kabinetts am 7. Juni stattfinden wird. Hieran wird sich voraussichtlich im Laufe der Woche eine Konferenz mit dem Obersten Wirtschaftsrat anschließen.

Kristiania, 5. Juni.

Der Storting hat gestern zur Wiederaufnahme des Handels mit Rußland, besonders behufs Absatz von Fischereizugriffen, die Regierung aufgefordert, norwegische Delegation nach Rußland zu entsenden, um Verhandlungen einzuleiten.

Die nationalistische Bewegung in der Türkei.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Rom, 5. Juni.

Eine Pariser Depesche meldet, daß Frankreich mit Kemal Pascha einen Waffenstillstand abgeschlossen habe und daß die nationalistische Regierung in Angora anzukommen. (Die Meldung bedarf der Bestätigung. Die Red.)

Paris, 4. Juni. (M. I. B.)

Nach einer Savasmeldung aus Konstantinopel hat die Regierung den Wali von Izazepunt abgesetzt. Mustafa Kemal Pascha jedoch hat ihn im Amt behalten. Der von der Regierung in Konstantinopel ernannte Nachfolger ist von den Nationalisten verhaftet worden.

Ein englisch-irischer Gewerkschaftsstreik.

(Telegramm)

London, 4. Juni. (M. I. B.)

Die Abendblätter melden: Der politische Sekretär der Eisenbahnervereinigung Thomas hat die Aufsichtsräte in Dublin drücklich aufgefordert, die Arbeit bis nach Beendigung der Konferenz in Bristol am 16. Juni wieder aufzunehmen. Thomas bemerkt weiter: Der Vollzugsausschuß der Eisenbahner habe gestern den Premierminister gesprochen und beschloßen, einen Gewerkschaftsstreik zu berufen, der verschoben sollte, die Aufsichtsräte dem irischen Volk und der Regierung zu überreichen.

Stabilisierung.

Von [Nachdruck verboten]
Dr. Felix Finer.
des provisorischen Wirtschaftsrates beim Reichswirtschaftsministerium. Thema: Aussprache über die infolge der Valutabesserung eingetretene Wirtschaftskrise. ...

Kaufmanns im Aussenhandel so ausserordentlich stark erschweren und das ganze Geschäft zu einer Valutaspekulation machen. Heute zeigt sich der Einfluss dieses gefährlichen Risikos darin, dass die Kaufleute die Möglichkeit, aus dem Auslande Valuta wesentlich billiger als bisher einzuführen, vielfach ungenutzt lassen, weil sie damit rechnen müssten, dass die Valuta noch weiter steigt, und sie somit auch jetzt noch zu teuer eingekauft hätten. ...

dänische Valutarat am 4. Juni aufgehoben worden. Der Valutahandel ist gegenwärtig frei ohne Einfuhrbeschränkung. Eine gesetzliche Regelung der Einfuhr ist wahrscheinlich.

Friedrich Wilhelm Lebensversicherungs-Akt.-Ges. in Berlin: Ueberschuss 12 839 025 M. (i. V. 12 888 954 M.). Davon werden vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung 11 750 007 M. (11 834 842 M.) den Versicherten überwiesen. ...

* Berliner Börse.
Fest, Auslandswerte bevorzugt.

Nach anfänglicher Abschwächung konnten heute im freien Devisenhandel die Valuten sich wieder heben. Da ausserdem die Auftrüben des Landwirtschafministers über die guten Ernteaussichten befriedigten, eröffnete die Börse bei nicht ganz einheitlicher Preisgestaltung in vorwiegend fester Haltung. ...

Unter diesen Umständen liegt es nahe, auf eine unbestimmte, vielleicht Jahrzehnte währende, mit vielen Stockungen in der Bedarfsdeckung verbundene Wiedererhöhung der Valuta auf den Stand oder bis in die Nähe der alten Goldmark (die ja bei der Grösse unserer schwebenden Schuld und unseres Notenumlautes sowieso ein währungspolitisches Phänom ist), zurückzuführen zu verzichten. ...

* Preisabbau in der Elektrotechnik: Die Preistelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie der Elektrotechnik wird, dem Beschluss gefasst, trotz der Steigerung der Gesteuerungskosten im Interesse der Gesundheit deutscher Wirtschaft, auch in diesem Monat (wie bereits im April und Mai) von einer Erhöhung der Preisuntergrenze zurückzuführen. ...

* Allgemeine Boden-Akt.-Ges. in Berlin: Die Generalversammlung genehmigte den Abschluss, der einen Verlust von 297 231 M. (287 572) ausweist, um den sich der Verlust auf 2 921 420 M. erhöht. ...

* Akt.-Ges. für Strumpfwarenfabrikation Max Segall, Berlin: Die in Magdeburg abgehaltene ausserordentliche Generalversammlung genehmigte die vorgeschlagene Kapitalerhöhung um 1,7 auf 3 Mill. M. ...

* Die Stadt Frankfurt a. M. hat von der New-York Bankfirma Zimmermann & Forsyth durch Vermittlung der Firma Merzbach, Frankfurt-Berlin, ein Kontokorrentdarlehen von 20 Mill. M. auf ein Jahr erhalten.

* Gesetzliche Regelung der dänischen Einfuhr: Nach einer Dratmeldung der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen ist der dänische Valutarat am 4. Juni aufgehoben worden.

Am Marke der Auslands- und Kolonialpapiere war die Haltung nicht einheitlich, aber vorwiegend fest. Das meiste Interesse beanspruchten Schantung-Anteile, die bei grossen Umsätzen 20 pCt. höher wurden. Ferner gewannen Otavi-Genusscheine 21 M., Baltimore 1 pCt., Lombarden 1/2 pCt., Oesterreichische Staatsbahnaktien 28 pCt. ...

Papiere mit fortlaufend notierten Kursen.

Table with columns: No., Abt., 1/2%, 1%, 1 1/2%, 2%, 3%, 4%, 5%, 6%, 7%, 8%, 9%, 10%, 11%, 12%, 13%, 14%, 15%, 16%, 17%, 18%, 19%, 20%, 21%, 22%, 23%, 24%, 25%, 26%, 27%, 28%, 29%, 30%, 31%, 32%, 33%, 34%, 35%, 36%, 37%, 38%, 39%, 40%, 41%, 42%, 43%, 44%, 45%, 46%, 47%, 48%, 49%, 50%, 51%, 52%, 53%, 54%, 55%, 56%, 57%, 58%, 59%, 60%, 61%, 62%, 63%, 64%, 65%, 66%, 67%, 68%, 69%, 70%, 71%, 72%, 73%, 74%, 75%, 76%, 77%, 78%, 79%, 80%, 81%, 82%, 83%, 84%, 85%, 86%, 87%, 88%, 89%, 90%, 91%, 92%, 93%, 94%, 95%, 96%, 97%, 98%, 99%, 100%. Rows include various securities like S.R.-Beihilf., S.R.-St.-Sch., S.R.-St.-A., S.R.-St.-B., S.R.-St.-C., S.R.-St.-D., S.R.-St.-E., S.R.-St.-F., S.R.-St.-G., S.R.-St.-H., S.R.-St.-I., S.R.-St.-J., S.R.-St.-K., S.R.-St.-L., S.R.-St.-M., S.R.-St.-N., S.R.-St.-O., S.R.-St.-P., S.R.-St.-Q., S.R.-St.-R., S.R.-St.-S., S.R.-St.-T., S.R.-St.-U., S.R.-St.-V., S.R.-St.-W., S.R.-St.-X., S.R.-St.-Y., S.R.-St.-Z.

Kurse gegen 2 Uhr. Deutsch-Deutscher 700, Schantung 608, Genusscheine 2800, Otavi-Anteile 675, Deutsche-Luxemburger 264, Sloman 1450, Südde-Phosphat 1850, Deutsche Petroleum 598, Schantung-Genusscheine 2875, Nationalbank 15374.

Am Marke der mit Einheitskursen notierten Papiere war die Tendenz vorwiegend fest. In freiem Verkehr wurden beswert: Pomona-Anteile mit 8500 pCt., Deutsche Kolonial-Anteile mit 6500 pCt., Kolmanskop-Anteile mit 300 M., Kaoko-Anteile mit 225-235 M., Südde-Phosphat-Anteile mit 1850 pCt., Sloman-Aktien mit 1450 pCt., Mansfelder Kupf. mit 2700 bis 2800 M., Deutsche Erdöl-Aktien mit 730 pCt., Deutsche Petroleum mit 598-602 pCt., Schantung-Genusscheine mit 2875 M.

Am Rentenmarkt waren heimische Staatsanleihen wenig verändert. Unter den fremden Renten waren anolische und teilweise auch amerikanische niedriger. Die Kurse der an der Berliner Börse notierten telegraphischen Auszahlungen gingen heute von neuem zurück.

Auszahlung Warschau stellte sich auf 21 B., Kooskuo-Noten auf 22. Nach an der Börse vorliegenden Privatmeldungen stellte sich die Mark heute in Holland auf 7-7,10 (schwankend), in Zürich auf etwa 14.

Prag, 4. Juni. (Notierungen der Devisenzentrale.) Berlin 117,58 (117,75), Marknoten 116,25 (116,75).

Kopenhagen, 4. Juni. Sichtwechsel auf Hamburg 14,25 (18,50). Stockholm, 4. Juni. Sichtwechsel auf Berlin 6,50 (11,00). Amsterdam, 4. Juni. Wechsel auf Berlin 6,80 (5,95).

... (Continuation of the main article text from the previous page) ...

